

Der Reidenmeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Lüdenscheider Geschichtsverein e. V.

Nr. 57

7. Juni 1972

Dr. Günther Deitenbeck:

Lüdenscheid zur Zeit des Bürgermeisters Wilhelm Plöger (1843 - 1856)

Wilhelm Plöger ist der siebente in der Reihe der Bürgermeister der Stadt Lüdenscheid in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Drei ragen aus dieser Reihe besonders heraus: Kerksig, Kobbe und Jander. Plöger ist der letzte in der Reihe der 4 Nachfolger Kerksigs, die nicht aus der Bergstadt stammen. Ihm folgt in Bürgermeister Nottebohm, dem späteren Ehrenbürger der Stadt, wieder ein Lüdenscheider¹⁾.

Plöger hat in der Geschichte der Stadt nicht im gleichen Maße Spuren hinterlassen wie seine vorhin genannten Vorgänger. Kerksig war zwar nur 5 Jahre Bürgermeister (von 1809 bis 1814), aber es waren bewegende Jahre, in denen unter der Herrschaft der Franzosen neue politische und wirtschaftliche Ideen auch in Lüdenscheid eindringen. Kerksig war ein Mann der neuen Zeit. Er suchte die neuen liberalen Ideen mit Entschlossenheit durchzusetzen. Nach allem, was wir aus den Akten über ihn erkennen können, war er ein gerader, aufrechter und selbstbewußter Mann, der schon nach seinem Bildungsgang allen andern überlegen war. Kobbe meisterte in den 4 Jahren seiner Tätigkeit die mit der Wiedereingliederung Lüdenscheids in den preußischen Verwaltungsorganismus verbundenen unsäglichen Schwierigkeiten, die durch die Hungersnot von 1816/17 noch gesteigert wurden. Wegweisen des geschah durch ihn im Schulwesen der Stadt. Er resignierte schließlich, weil es ihm nicht gegeben war, zu den Lüdenscheidern engeren Kontakt zu finden, und weil die Regierung zu schwerfällig war und es an wirkungsvoller Initiative und schneller unbürokratischer Hilfe fehlen ließ. Größeren Einfluß auf die Entwicklung Lüdenscheids hatte dann Jander, schon wegen seiner langen, 23jährigen Tätigkeit — von 1820 bis 1843 — in der vereinigten Stadt- und Landgemeinde. Er sorgte für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und setzte sich persönlich für die Errichtung und Verbesserung des Postwesens ein. Er verstand es, widerspenstige Bürger zur Erledigung ihrer Bürgerpflichten mit fester Hand zu zwingen. Die Städter, die das schwer verdiente Geld so leichtfertig und eilig in Alkohol umsetzten,

lagen ihm nicht. Sie waren ihm zu zuchtlos und eingebildet. Als 1843 auch in Lüdenscheid die revidierte Städteordnung von 1835 durchgeführt wurde, entschied er sich deshalb für den Posten des Amtmanns im Kirchspiel, obgleich die Stadtverordneten ihn trotz allem gern als Bürgermeister behalten hätten.

Die neue Städteordnung

Nach der neuen Städteordnung wurden die Geschicke der Stadt von dem Stadtverordnetenkollegium und dem Magistrat gelenkt. Die Bürger der Stadt wählten befähigte Bürger zu Stadtverordneten, die sich aus ihrer Mitte ihren Vorsteher gaben. Das Stadtverordnetenkollegium wählte aus seinen Reihen die Mitglieder des Magistrats, die als Ratsherren über mehrere Wahlperioden hinweg im Amt blieben. An ihrer Spitze stand der Bürgermeister.

Die Stadtverordneten wählten nun im April 1843 den Verwaltungssekretär Plöger aus Soest zum Bürgermeister und zu den übrigen Mitgliedern des Magistrats den Oberlandesgerichtsassessor Ludwig v. Sydow und die Kaufleute Gottlieb Ritzel und Moritz Kugel. Als Bürgermeister von Lüdenscheid erhielt Plöger 500 Taler im Jahr, von denen er auch noch die Bürokosten bezahlen mußte²⁾.

Plöger war nicht ganz 14 Jahre Bürgermeister von Lüdenscheid. Im Dezember 1856 wurde er pensioniert. Er starb schon 3 Jahre später, Mitte 1860. Sein Nachfolger ab Dezember 1856 war Nottebohm.

Es lag nicht nur an seiner verhältnismäßig kurzen Amtszeit, daß Plöger die Entwicklung Lüdenscheids nicht so prägen konnte wie seine Vorgänger. Die neue Städteordnung gab ihm weniger Spielraum, da die Profilierung des Bürgermeisters durch die Sonderstellung des Magistrats eingeschränkt wurde. Zur Zeit der vereinigten Stadt- und Landgemeinde Lüdenscheid, die von einem Gemeinderat geleitet wurde, in dem 6 Vertretern der Stadt 9 aus dem Kirchspiel gegenüberstanden, war die führende Rolle des Bürgermeisters wesentlich stärker ausgeprägt, bedingt auch durch die Größe des zu

verwaltenden Gebietes, das in etwa dem jetzigen Stadtgebiet nach dem 1. 1. 1970 entsprach. Die neue Städteordnung war dazu angetan, den Bürgermeister in die Rolle eines bloßen Vermittlers zwischen Regierung und Stadt abzudrängen, wenn nicht der Bürgermeister selbst eine starke Initiative entwickelte und dadurch über die ihm zugewiesene Position hinauswuchs. Das scheint aber nach den Akten bei Plöger kaum der Fall gewesen zu sein.

Die Bürgermeisterberichte

Die Berichte, die sogen. Zeitungsberichte³⁾, die der Bürgermeister monatlich dem Landrat zustellen mußte, sind im ganzen wenig ergiebig. Die Berichte Janders waren dagegen eine Fundgrube von Erkenntnissen über die damalige Zeit. Sie mußten nach einem strengen Schema angefertigt werden. Zuerst kam die Witterung, die oft sogar in dem Bericht den breitesten Raum einnahm. Aus den Mitteilungen hierzu ist zu entnehmen, daß das Wetter damals in unserm Raum nicht viel anders war als heutzutage. Diesem Punkt folgten die Angaben über die Sterblichkeit, oder, wie es im damaligen Behördendeutsch hieß: Mortalität. Allerdings konnte der Bürgermeister mit diesem Fremdwort wohl wenig anfangen. Es kommt sehr häufig vor, daß er unter der Überschrift „Moralität“ von den Gestorbenen in Lüdenscheid berichtet. Schädliche Naturereignisse bilden dann wieder ein besonderes Kapitel. Der Bericht leitet dann über „Wohlstand im Allgemeinen“ und „Landeskultur“, worunter der Anbau und die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu verstehen sind, zum Punkt „Gewerbebetriebe“ über, der über die wirtschaftliche Lage in Lüdenscheid berichtet. Dann folgt die öffentliche Stimmung, über die es nur kurz und sehr oft in der stereotypen Wendung heißt: „Hierüber hört man nichts, wenigstens werden keine Klagen lautbar“, eine Formulierung, mit der wir uns noch befassen müssen. Über „Wohltätigkeit und Menschenliebe“ berichtet Plöger oft, daß sie noch zu wünschen übrig lassen, während dann die „Religiosität“ als „gut“ bezeichnet wird. Dann folgen Mitteilungen über geschehene Verbrechen, das Gemeinwesen, Kirchen- und Schulwesen, Polizei und öffentliche Bauten. Im Punkt „Militärverhältnisse“ wird vorwiegend darüber berichtet, wie die Einziehung der Landwehrmänner zu Übungen abließ. Der für Lüdenscheid letzte Punkt handelt von den Abgaben, d. h. von der Steuermoral der Lüdenscheider. Weitere 6 Punkte kamen für Lüdenscheid nicht in Betracht.

Politische Friedhofsruhe

Es fällt auf, daß Plöger in seinen Berichten, die doch auch die politisch so leidenschaftlich bewegten Jahre von 1843 bis 1850 umfassen, nichts über die politischen Strömungen in der Bevölkerung Lüdenscheids

bringt. Wir wissen zwar aus den im Manuskript vorliegenden Erinnerungen des Baumeisters F. W. Nölle⁶⁾, daß es sich bei den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts um eine politisch sehr ruhige Zeit handelte. Seine Bemerkung: „... die Politik (war) unter dem gewöhnlichen Publikum sozusagen tot“, zeigt aber auch, daß das doch wohl nur für die breite Masse der Bevölkerung zutrifft, nicht aber für die führenden Lüdenscheider, wie die Vorgänge der Revolutionsjahre dann auch zeigen. Wir hatten eine ähnliche Schönfärberei schon bei Jander⁵⁾ beobachtet, während Kobbe sehr deutlich über die schlechte Stimmung der Bevölkerung berichtete und damit wohl auch zu seiner Ablösung beitrug. Jander wie später Plöger zogen es vor, für die Regierung unliebsame Stimmungen zu verschweigen. Sie entsprachen damit der politischen Friedhofsruhe, die sich infolge der Karlsbader Beschlüsse von 1819 über das ganze Land ausgebreitet hatte.

Die wirtschaftliche Entwicklung Lüdenscheids und ihr zunehmendes Eigengewicht mögen auch dazu beigetragen haben, daß Plöger als Bürgermeister nicht so in den Vordergrund tritt wie seine Vorgänger. Jander hatte es sich vor allem angelegen sein lassen, die Industrie Lüdenscheids durch Verbesserung der Verkehrsverbindungen zu fördern. In der Amtszeit Plögers scheint die Lüdenscheider Industrie nicht mehr so auf behördliche Fürsorge angewiesen zu sein. Gerade zwischen 1840 und 1856 entwickelt sie sich stürmisch und steht mehr als je zuvor auf eigenen Füßen. Fleiß und Regsamkeit der Lüdenscheider trugen Früchte.

Die industrielle Entwicklung Lüdenscheids

Die industrielle Entwicklung wird von 1837 bis 1840 vor allem auf dem Gebiet der für Lüdenscheid typischen Knopffabrikation sichtbar⁶⁾. Die Akten zeigen, daß bei einer gleichbleibenden Anzahl von 24 Meistern in dieser Branche die Zahl der Gesellen von 129 im Jahr 1837 auf 575 im Jahr 1840 stieg und 1843 die hohe Zahl von 585 erreichte. In den meisten Fällen war damals der Meister auch der Leiter des Betriebs und die Gesellen seine Arbeiter. Die Zahl der Arbeiter in der Knopfindustrie verfünffachte sich also in 3 Jahren. Während auf den einzelnen Meister 1837 erst 5—6 Arbeiter entfielen, waren es 1840 schon 24 und 3 Jahre später 24—25. Darin wird eine Vergrößerung der Betriebe sichtbar. Hand in Hand damit ging ein Anwachsen der Zahl der vornehmlich in der Industrie Beschäftigten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Während sie 1837 22% der Bevölkerung betrug, belief sie sich 3 Jahre später auf 37% und sank bis 1843 geringfügig auf 34%. Die beherrschende Stellung der Knopfindustrie zeigt der in ihr beschäftigte Anteil aller Beschäftigten: von 22,5% im Jahr 1837 stieg dieser Anteil auf 46% 1840 und erreichte 47% im Jahr 1843. In 51 Betrieben waren bis zu 20 Arbeiter tätig, in 43 21—50, in 6 Betrieben 51—100 Arbeiter. Die Durchschnittsbelegschaft eines Betriebes betrug 25 Arbeiter⁷⁾. Im Jahr 1854 waren nach dem Lüdenscheider Wochenblatt 1400 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fabriken Lüdenscheids beschäftigt.

Der Übergang von der handwerksmäßigen zur fabrikmäßigen Produktion drängt sich offensichtlich in diese 3 Jahre von 1837 bis 1840. Bisher war vorwiegend in Kleinbetrieben produziert worden, die, in Kellerstuben untergebracht, sich auf in der Stadt zerstreut wohnende Heimarbeiter stützten. Jetzt entstehen Fabriken, wie es in den industriell fortgeschritteneren Nationen im Westen schon vorgezeichnet war, d. h. die Arbeiter wurden räumlich zusammengefaßt und die Produktion damit rationalisiert⁸⁾. Auch die damalige Form der Abwicklung der Geschäfte über Kommissionäre wird diese Entwicklung beschleunigt haben, denn ihre Tätigkeit wurde dadurch einfacher. Das Kommissionärgeschäft war zwischen 1840 und 1860 die Hauptform des Handels⁹⁾. Die Heimarbeit blieb trotzdem neben den Fabriken bestehen.

Das Nieten, Färben, Bronzieren, Aufnähen, Sortieren und Einpacken war keine schwere Arbeit, Maschinen wurden außer einem Nietbock dazu nicht benötigt, und der Verdienst war durchaus günstig im Vergleich zu anderen Gegenden Deutschlands, z. B. Schlesien, wo die kümmerliche Entlohnung der heimarbeitenden Weber 1844 zum Aufstand führte. Aber auch die 1839 in Kraft tretenden Bestimmungen über Kinderarbeit, nach denen Kinder unter 9 Jahren überhaupt nicht, und Kinder von 9 bis 16 Jahren höchstens 10 Stunden pro Tag in den Fabriken arbeiten durften, führten zu einer Ausdehnung der Heimarbeit, denn dabei konnten diese Bestimmungen mit leichter Mühe umgangen werden.

Lüdenscheid wird eigentlich erst in diesen Jahren richtig zur Industriestadt. Noch 1834 waren 37,2% aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und 20,5% in der Industrie beschäftigt. 12 Jahre später, 1846, sind 54,7% in der Industrie und nur noch 15,9% in der Landwirtschaft tätig mit weiterhin steigender bzw. sinkender Tendenz¹⁰⁾.

Die Ausweitung der Produktion

Eine Ausweitung der Produktion entsprach diesen steigenden Arbeiterzahlen. Die wichtigsten Knopfarten waren immer noch die Kalotzknöpfe und besonders die Façondorknöpfe. Beide Sorten wurden im Gegensatz zu den früheren Massivknöpfen aus Schale, Einlage, Deckel und Ose hergestellt. Die Schalen wurden aus Blechen gestanzt, bei den Kalotzknöpfen mit Blutstein poliert und bei den Façondorknöpfen beim Stampfen mit erhabenen Mustern versehen. Hinzu kam Anfang der 40er Jahre die galvanische Versilberung und Vergoldung für feine Modeknöpfe und die Verwendung von Glassteinen aus Böhmen¹¹⁾. 1843 wurde die Fabrikation von Hornknöpfen aus Kuhhufen als Modeknöpfe für Sommeranzüge aufgenommen. Sie ging in den 60er Jahren wieder ein. 1844 entstand in der Fa. Schmitz & Kolbe die erste Fabrik in Preußen, die Knöpfe aus Papiermaché herstellte. Sie beschäftigte 1852 50 Arbeiter und fand zwischen 1850 und 1860 guten Absatz, der dann in dem folgenden Jahrzehnt ebenfalls zurückging. Mitte der 40er Jahre wurde sogar die Produktion von Polsternägeln aus dem Raum Neheim und Iserlohn übernommen¹²⁾.

Dieser rasch aufblühenden Industrie müssen weitreichende Geschäftsbeziehungen entsprochen haben. Neben dem europäischen Binnenhandel bestanden überseeische Beziehungen, wie aus einem Bericht des Bürgermeisters an den Landrat vom 15. 2. 1843 hervorgeht¹³⁾. Andererseits setzt es in Erstaunen, daß im gleichen Jahr eine mögliche Geschäftsverbindungen mit chinesischen Märkten, die später doch eine ausnehmend wichtige Rolle spielten, von den Lüdenscheider Industriellen abgelehnt wird. Als Gründe geben sie an, daß der Geschäftsgang zu schlecht sei und sie sich nicht für konkurrenzfähig hielten, erstaunliche Gründe, denn die Lüdenscheider Fabrikanten sind sonst nicht so zaghaft¹⁴⁾.

Allerdings entsprach dieser industriellen Expansion nicht eine stetige und positive Geschäftslage. Es lag in der Natur der Knopffabrikation, daß man hier nicht auf Stapel arbeiten konnte. Sie reagierte daher sofort empfindlich auf Störungen gleich welcher Art. So trat jeden Winter eine Flaute ein, wenn die Walzwerke bei starker Kälte ihre Tätigkeit wegen Wassermangels einstellen mußten und keine Bleche mehr liefern konnten. Dasselbe konnte im Sommer bei großer Trockenheit geschehen. Die schlechten Verkehrsverbindungen machten sich oft störend bemerkbar, wenn die Straßen im Winter und Frühjahr unpassierbar wurden. Jede politische Unruhe führte gleich zu Absatzschwierigkeiten. Das war der Fall 1840 im Zusammenhang mit der orientalischen Krise, 1847, als es zum Sonderbundkrieg in der Schweiz kam, und natürlich auch in der Revolution 1848/49 und ihren Folgeerscheinungen, die

bis 1852 reichten. Auch machten steigende Rohstoffpreise die Ertragslage oft geringer. Erst das Jahr 1856 scheint eine längerfristige Besserung gebracht zu haben. Um so erstaunlicher ist der industrielle Aufschwung gerade in diesen Jahren, der wohl nur der zähen Energie und dem Fleiß der Lüdenscheider zuzuschreiben ist¹⁵⁾.

Die Verwendung maschineller Kräftezeugung in den entstandenen größeren Fabriken war nur eine Frage der Zeit. So ließ Wilh. Gerhardt 1845 in seiner Zinnfabrik eine Dampfmaschine aufstellen, die auch seine Maschinenfabrik und Eisengießerei betrieb, offenbar die erste dieser Art im märkischen Sauerland. 1853 schaffte Fa. Basse & Fischer eine Dampfmaschine mit 15 PS zum Walzen von Tomback an, und die Fa. Funck & Leonhardt folgte bald.

Bei dieser wirtschaftlichen Entwicklung wurde der Ruf nach besseren Verkehrsverbindungen immer dringender. Jander hatte noch in seinen Monatsberichten darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Lage und damit der Lebensstandard der Bevölkerung zwar befriedigend, der Bau von Kunststraßen aber für die weitere Entwicklung der Lüdenscheider Industrie unabdingbar sei: sie seien „das heilsamste Hilfsmittel zur Erhaltung der Fabrikation“¹⁶⁾. Dem Kronprinzen, dem späteren König Friedrich Wilhelm IV., wurde anläßlich eines Besuches in Lüdenscheid im Jahr 1839 eine Bittschrift überreicht, die die Anlage einer Straße von Meinerzhagen über die Homert nach Lüdenscheid und weiter ins Versetal zum Gegenstand hatte. Der Staat bewilligte daraufhin einen Zuschuß von 12 000 Talern. Nachdem die Gemeinden Lüdenscheid Stadt und Land und die Gemeinde Werdohl eine Aktiengesellschaft gegründet hatten, konnte der Bau der Straße nach Werdohl 1844 begonnen werden. Der Bau der Straße durch das Volmetal nach Meinerzhagen begann 1845 und der der Straße nach Herscheid und Plettenberg 1846. Jede Gemeinde baute auf ihrem Gebiet für sich. Die Beschäftigung Lüdenscheider Arbeitsloser beim Bau dieser Straße trug dazu bei, die Folgen des schlechten Wirtschaftsganges dieser Jahre zu mildern¹⁷⁾.

Eine andere Folge der wirtschaftlichen Entwicklung war die zunehmende Bedeutung der Postverbindungen. Nach dem Ausscheiden Janders wurde die Postexpedition am 1. Okt. 1843 in den Rang einer Postverwaltung erhoben, aus der dann 1855 ein Postamt entstand¹⁸⁾.

An der internationalen Industrieausstellung 1855 in Paris nahmen die Firmen Basse & Fischer und W. Berg teil.

Eisenmesse und Märkte

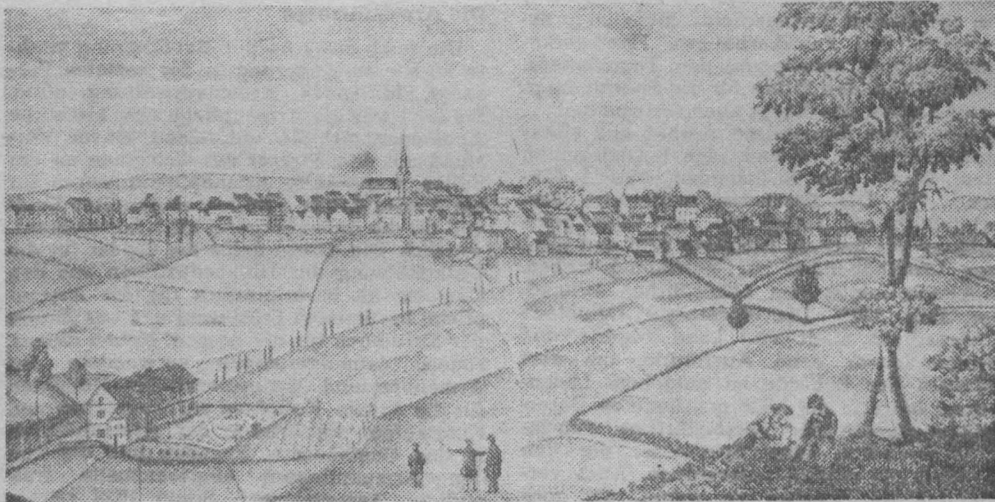
Die Bedeutung Lüdenscheids als Mittelpunkt der märkischen Eisenindustrie zeigte sich auch in der Eisenmesse, die jährlich zweimal — Ende März/Anfang April und Ende August/Anfang September — hier abgehalten wurde. Sie wird zum ersten Mal 1842 in einem Gesuch Janders erwähnt, muß aber schon vorher bestanden haben, wahrscheinlich schon seit den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts. Ihr offizieller Name war „Lüdenscheider oder Siegerländer Eisenmesse“. Dieser Name sagt, daß sie besonders auch von Eisenherstellern und Kaufleuten aus dem Siegerland besichtigt wurde, es kamen aber auch Firmen aus dem Oberbergischen und dem Westerwald. Sie war eine Zusammenkunft der Eisen-, Hütten- und Hammerwerksbesitzer und auch der Schmiede jeweils vor der Frankfurter Frühjahrs- und Herbstmesse. In den Räumen von ein oder 2 Wirtschaften wurden Roheisen, Gußstahl und auch fertige Eisenwaren ausgestellt. Die Messe regelte den Warenumsatz und stellte die Preise fest. Der Umschlag betrug oft mehrere 100 000 Taler¹⁹⁾. In den 40er und 50er Jahren des Jahrhunderts war sie wohl sehr bedeutend. Als aber dann das Ruhrgebiet sich entwickelte und auch die verkehrsgünstiger gelegenen Städte in seinen Randgebieten Lüdenscheid überrundeten, nahm die Eisen-

messe in den 80er Jahren ab. Der 1899 erfolgende offizielle Aufhebungsbeschluß der Stadtverordneten zog nur den Schlußstrich unter eine schon längst vollzogene Tatsache²⁰⁾.

Zur Eisenmesse Ende August/Anfang September kam Ende September zu Michaeli (29. September) der Jahrmessmarkt, die „Kirmes“, die 3 Tage dauerte und auf dem Platz vor der Kirche stattfand. Ihm folgte regelmäßig am letzten Montag im Oktober der Viehmarkt. Beide Termine wurden verschoben, wenn die Juden, die wohl hauptsächlich diese Märkte besuchten, zur gleichen Zeit ihre Festtage hatten. 1845 wurde auch ein Wochenmarkt eingerichtet, der aber bald aus Mangel an Zuspruch wieder einging. Hier wird deutlich, daß die Lüdenscheider in der täglichen Lebensmittelversorgung noch weitgehend Selbstversorger aus dem eigenen Garten und Stall waren bzw. sein mußten, weil der Verdienst nur sparsame Haushaltsführung zuließ. Der Viehbestand war beträchtlich: 1843 wurden auf städtischem Gebiet bei 365 Wohnhäusern noch 297 Stück Rindvieh, 150 Schafe und 190 Ziegen gehalten²¹⁾.

Das Wachstum der Stadt

Dem wirtschaftlichen Aufschwung entsprach das Anwachsen der Bevölkerung. Im 2. Jahrzehnt des Jahrhunderts nahm Lüdenscheids Bevölkerung um 28% zu, in den Jahren von 1830 bis 1840 um 45% und belief sich damit auf 3577 Einwohner. Bis 1849 betrug die Zuwachsrate fast 19% und bis 1858 dann fast 22%. Die Zahl der Einwohner belief sich damit auf 5154. Die ungewöhnliche Zunahme der Bevölkerung um 45% in dem Jahrzehnt 1830—40 wurde erst in dem Jahrzehnt nach 1871 übertroffen, und dann in dem darauf folgenden Jahrzehnt noch schneller zu steigen. Weit über die Hälfte der Zunahme 1830—40 beruhte auf Zuzug. Auch dies zeigt die günstige wirtschaftliche Lage der Stadt und den Sog, den sie auf das umliegende Land ausübte. Gleichzeitig stieg der Anteil der Katholiken an der Bevölkerung von 1,7% 1831 auf 4—5% gegen Ende des Jahrzehnts.



Lüdenscheid um 1845 (zeitgenössische Lithographie)

Die Beschaffung von Wohnraum konnte mit dieser stürmischen Bevölkerungsentwicklung kaum Schritt halten. Zwar wuchs der Bestand an Wohnhäusern von 1834 bis 1843 von 287 auf 365, d. h. um 27%, aber die Bevölkerung nahm in der gleichen Zeit um 32% zu. Unter dieser Not mußten naturgemäß die Neubürger am meisten leiden. Sie waren vorwiegend Fabrikarbeiter und konnten daher nicht daran denken, durch den Bau eigener Häuser ihren Wohnungsbedarf zu decken. Es wurde daher im März 1853 eine Aktiengesellschaft gegründet, die es sich zum Ziel setzte, Wohnungen für Arbeiter zu einem erschwinglichen Mietpreis zu bauen. 1856 berichtet das Altenaer Wochenblatt darüber: „Im gleichen Jahr hat sie (die Lüdenscheider Baugesellschaft) ein nur

wenige Minuten von der Stadt an der nach Heedfeld führenden Straße gelegenes Grundstück in Blumenohl, 1 1/2 Morgen groß, welches zum Bauplatz für 2 Häuser mit zusammen 16 Wohnungen und zu 16 Gärten, jeder 20 Ruten groß, bestimmt wurde, für 600 Taler erworben, den Bau eines Hauses begonnen und im folgenden Jahr vollendet, so daß dasselbe von Martini 1854 an vermietet werden konnte. Das Haus ist durch eine Brandmauer in zwei gleiche Teile geschieden. Jeder Teil enthält 4 Wohnungen, jede aus 2 Zimmern, abgedermt gewölbten Keller, Stallung und Bodenraum bestehend. Jede Wohnung ist mit dem ihr zugewiesenen Garten für 32 Taler vermietet. Dieses Resultat ist mit einem Kostenaufwande von 4610 Talern erzielt.“ Eine Zwei-Zimmer-Wohnung, also Küche und Schlafzimmer, war auch nach damaliger Anschauung das Minimum an Wohnraum für eine Arbeiterfamilie mit oft zahlreichen Kindern. Von vornherein wurden aber die Wohnungen so gebaut, daß der Inhaber durch Viehhaltung und Gartenbestellung sein Existenzminimum aufbessern konnte.

Diese Schlichtwohnungen entsprachen durchaus dem Wohnstil der damaligen Zeit. Wohnungskomfort, der nur entfernt unseren Vorstellungen entsprochen hätte, gab es damals kaum, jedenfalls nicht in der breiten Masse der Bevölkerung. Die hygienischen Verhältnisse waren durchweg noch ausgesprochen dürftig. So heißt es in den Erinnerungen einer alten Lüdenscheiderin²²⁾, daß um 1850 eine schmale Gasse zwischen 2 Häusern, die an beiden Enden mit hohen Toren versehen war, als Klosettgrube benutzt wurde. Es war natürlich, daß die Wände der Zimmer zu beiden Seiten schimmelten und die Tapeten sich lösten, von dem Geruch ganz zu schweigen. Wenn eine Entleerung nötig war, geschah dies durch eines der Tore. Dabei entwichte dann stets eine Anzahl stattlicher Ratten. Rattenplage empfand man wohl als das übliche Zubehör, denn in den Erinnerungen wird der Ausspruch einer Frau zitiert: „Fie hett Ratten, et is en Stoot!“

Wie schon in diesen Blättern dargestellt²³⁾, war es im 1. Viertel des Jahrhunderts mit der Sauberkeit in Lüdenscheid nicht zum be-

schüler, die seit 1816, dem Jahr der Reorganisation des Schulwesens in Lüdenscheid unter dem Bürgermeister Kobbe, von 3 Lehrern und ab 1840 von 4 Lehrern im alten Rathaus oberhalb der Kirche unterrichtet worden waren, wurden 2 Schulen gebaut, die Nord- und die Südschule, und am 27. Mai 1856 eingeweiht. Damit gab es in Lüdenscheid 2 Volksschulen mit je 4 Klassen und Lehrern²⁴⁾. 1845 erfolgte, dem wachsenden Anteil der Katholiken an der Bevölkerung entsprechend, die Einrichtung der katholischen Schule.

Viele Kinder konnten diese Schulen gar nicht besuchen, weil sie in den Fabriken arbeiten mußten. Bis 1839 gab es keine gesetzliche Regelung, und noch 1846 waren 250 der 454 Arbeiter in der Knopfindustrie Lüdenscheids Kinder von 9—16 Jahren. 1853, während der Amtszeit Plögers, wurde Kinderarbeit unter 12 Jahren verboten und die Arbeitszeit der 12—14jährigen auf 6 Stunden beschränkt. Sie mußten außerdem täglich für 3 Stunden eine sogen. Fabrikenschule besuchen. Diese Regelung galt bis 1891.

In Lüdenscheid gab es schon seit 1800 eine Abendschule für in den Fabriken arbeitende Kinder, die 10 Silbergroschen jährlich für diesen Unterricht zu bezahlen hatten. 1840 kam diese Schule, die 150 Schüler von 18 bis 20 Uhr unterrichtete, unter die Aufsicht des Schulvorstandes. Die 3 jüngsten Lehrer waren hier tätig und erhielten dafür das Schulgeld der Schüler. Die Schule wurde am 1. Juli 1843 geschlossen, weil über die Zuschüsse zur Besoldung der Lehrer zwischen Stadtverwaltung und Fabrikanten keine Einigung erzielt werden konnte. Erst als sich diese zu einem Pflichtbeitrag für die bei ihnen arbeitenden Kinder bereit erklärten, wurde die Schule Anfang 1845 wieder eröffnet²⁵⁾.

Als auch in Lüdenscheid 1849 ein Handwerkerverein entstand, wurde bald darauf von C. H. Knobel, W. Branscheid und C. Bergmann eine Fortbildungsschule gegründet. 1853 erhielt die Aufsicht der Ratsherrn und Fabrikant Aug. Adamy. 1861 hatte sie 3 Klassen mit 212 Schülern in den Räumen der neuen Nordschule. Sie war mit freiwilligen Spenden begonnen worden und trug sich jetzt durch das Schulgeld der Schüler. Der Unterricht fand sonntags statt. Sie wurde besucht von Handwerkern und Fabrikarbeitern, aber auch von Schülern der allgemeinbildenden Schulen. Offensichtlich bestand damals noch ein größerer Lerneifer als heutzutage²⁶⁾.

Die Rektoratschule hatte 1842 in Isidor Meyer aus Wesel einen tüchtigen Rektor gewonnen, unter dem die Schule aufblühte. 1840 unterrichteten 2 Lehrer hier 43 Knaben und 14 Mädchen, die in diesem Jahr zum ersten Mal erwähnt werden. 1858 ging die Schule, das heutige Zeppelin-Gymnasium, aus den Händen der Kirche in städtische Verwaltung über. Der stiftisch-evangelische Charakter blieb gewahrt²⁷⁾.

Von besonderer Bedeutung für die kulturelle Entwicklung Lüdenscheids wurde die 1836 gegründete Volksbibliothek, die heutige Stadtbücherei. Ihre Erstaussattung betrug 435 Bände²⁸⁾.

Die soziale Lage

Zwischen 1834 und 1846 stieg der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung Lüdenscheids von 32% auf 49%. Der Wochenlohn eines Arbeiters betrug zwischen 1830 und 1850 2 1/2 bis 3 Taler²⁹⁾. Wenn er davon eine 4köpfige Familie ernähren wollte, war der Lebensstandard mehr als kärglich. Er war angewiesen auf Garten und Vieh, und — wie wir schon sahen — war es zum Glück in Lüdenscheid selbstverständlich, daß jeder Arbeiter beides besaß. Trotzdem stand sich der Arbeiter lohnmäßig immer noch besser als der Handwerker. Durch die hier übliche Heimarbeit konnte er sein Einkommen nicht unwesentlich aufbessern. So wäre es ihm auch möglich gewesen, in Zeiten einer guten Konjunktur Rücklagen für schlechte Zeiten

sten bestellt. Die Straßen wurden allgemein als Abstellplatz und Müllkippe angesehen. Die Pflasterung der Straßen zwischen 1826 und 1836 besserte zwar die Verhältnisse, gut wurden sie aber nicht.

Mit der Trennung von Stadt- und Landgemeinde Lüdenscheid 1843 wurde auf behördliche Anordnung die „Feuerlösch- und Rettungs-Compagnie für die Stadt Lüdenscheid“, die Vorgängerin unserer „Freiwilligen Feuerwehr“, gegründet. In ihren Dienst wurden Freiwillige aus der Bürgerschaft berufen.

Schul- und Bildungswesen

Mit dem Wachstum der Bevölkerung stiegen die Schülerzahlen. Für die Elementar-

zu machen. Das geschah aber so gut wie gar nicht.

Stattdessen greift die Verarmung der unteren Volksschichten immer weiter um sich. Die Gründe hierzu findet Schumacher in seiner Chronik in der „Völlerei, dem leichtsinnigen Heirathen und einer zu frühen Beschäftigung der Kinder in den Fabriken, wodurch diese geistig und körperlich verkrüppelt werden...“³⁰). Nach den Berichten können wir auch eine schwere sittliche Gefährdung dieser Kinder nicht ausschließen. Seine sauer verdienten Groschen trug der Lüdenscheider ins Wirtshaus. Es ist daher verständlich, daß die Schankwirtschaften in Lüdenscheid gediehen. Während der Amtszeit des Bürgermeisters Plöger hatte sich in jedem 8. oder 9. Haus eine solche Wirtschaft niedergelassen. Auf je 94 Einwohner (Männer, Frauen und Kinder!) entfiel eine Kneipe. Frühes Siechtum und Tod des Ernährers infolge der Trunksucht brachte viele Familien an den Bettelstab. Selbstmorde waren nicht selten. In einer Verfügung der Regierung in Arnsberg v. 16. 2. 1842³¹) heißt es, daß „Knaben unter 14 Jahren sich in großer Anzahl auf den Tanzböden bei den Wirthen des platten Landes, die dergleichen Lustbarkeiten veranstalten, zusammengerottet, berauschte Getränke, namentlich Branntwein zu sich nehmen, und dann dem Uebermuthe freien Lauf lassen, der sich durch Schreien, Rufen, Toben, Drängen u. s. w. Luft machte...“ Die Kirche versuchte in den 40er Jahren, durch Gründung eines Enthaltsamkeitsvereins unter Vorsitz des 1. Pfarrers die Trunksucht zu bekämpfen. Ein gewisser Erfolg scheint ihm auch wohl beschieden gewesen zu sein³²).

Die Neigung, den letzten verfügbaren Groschen in Alkohol umzusetzen, führte dann gleich bei wirtschaftlichen Flauten zu katastrophalen Folgen, da das Nötigste zum Lebensunterhalt nicht mehr angeschafft werden konnte. Das trat jeden Winter ein, wenn der Frost die mit Wasserkraft betriebenen Werke lahm legte. So wiederholte sich in kalten Wintern der Bericht des Bürgermeisters vom Januar 1838: „Die ärmere Klasse der hiesigen Eingesessenen leidet hierdurch sehr, selbige sind bei dem gegenwärtigen schlechten Verdienst kaum in Stande, für Feuer und Licht das Nöthige herbeizuschaffen, dabei tritt der Umstand noch ein, daß mehreren und vielen Bürgern das im Herbst eingeküllerte Gemüse und namentlich die Kartoffeln erfroren sind“³³). Immer wieder klagt der Bürgermeister in seinen Berichten über die Arbeiter, die „von der Hand in den Mund“ leben³⁴). Oder die Geschäftslage war normal, aber die Preise der Lebensmittel dertart gestiegen, daß „viele Arbeiter ihr täglich Brot nicht verdienen“³⁵).

Der Evangelische Frauenverein

Angesichts dieser Not kam es kirchlicher- und staatlicherseits zu gezielten Hilfsmaßnahmen. Im Februar 1845 gab sich der Evgl. Frauenverein, der Anfang 1814 von Louise Kerksg, der Frau des Maire in der Franzosenzeit, ins Leben gerufen worden war, unter der Leitung von Fräulein Aug. Hueck eine Satzung mit fest umrissenen sozialen Aufgaben³⁶): hilfsbedürftige Familien und Wöchnerinnen sollten mit Sachspenden unterstützt werden, nicht mit Geld, weil die Gefahr zu groß war, daß das gleich ins Wirtshaus getragen wurde. Für arme Mädchen wurde eine Näh- und Strickschule eingerichtet, in der sie nachmittags viermal wöchentlich von einer eigens dafür angestellten Lehrerin unter Aufsicht des Frauenvereins unterrichtet wurden. Es ging offensichtlich sehr streng zu, denn der Vorstand war berechtigt, ohne Entschuldigung fehlende Mädchen zu bestrafen. Um gerade auch die Notfälle kennen zu lernen, die in der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung traten, wurde die Stadt der Zahl der Vorstandsmitglieder entsprechend in 6 Bezirke eingeteilt und jedem Vorstandsmitglied ein Bezirk zur speziellen Betreuung zugewiesen. Ein angeschlossener „Suppenverein“ versorgte täglich 20–24 alte und

krankte Arme mit einer warmen Mahlzeit. 1852 gründete der Frauenverein einen Kindergarten, zunächst ebenfalls nur für Kinder der unbemittelten Schichten. Er befand sich zuerst — ab März 1852 — in der nicht mehr benötigten Wachtstube im Rathaus³⁷). 1856 wurde er in die neue Nordschule verlegt.

Gleich nach seiner Reorganisation mußte der Frauenverein in der Hungersnot von 1845/46 eine Bewährungsprobe ablegen

Von 1815 bis 1855 hat es in unserem Gebiet allein 4 Hungersnöte oder doch erhebliche Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung gegeben. Die Hungersnot von 1816/17 war wohl die ernsteste. Die damals eingerichtete Suppenküche erregte weithin Aufsehen. Im August 1832 wurde die Ernte durch ein Unwetter vernichtet. Kollekten in den Kirchen, eine Spende des Königs für den Kreis Altena und die Tätigkeit von Unterstützungskomitees konnten das Schlimmste abwenden. 1845 befahl die Brandfäule die Kartoffeln. Binnen kurzem stieg der Preis für den Malter Kartoffeln (ca. 2–3 Zentner) auf 5–6 Taler, für das 7 $\frac{1}{2}$ pfündige Brot auf 8 $\frac{1}{2}$ Silbergroschen, während 1820 der niedrigste Brotpreis 6 Stüber betragen hatte. Da gleichzeitig ein schlechter Geschäftsgang herrschte und viele arbeitslos waren, hatten viele Familien nicht das Nötigste zum Lebensunterhalt. Ein Unterstützungsverein wurde gegründet, der Lebensmittel aufkaufte. Jeder Hilfsbedürftige erhielt wie 1817 Marken, mit denen er billig Brot einkaufen konnte. Wieder wurde wie 1816/17 eine Suppenküche eingerichtet, und die Kosten dazu auf die gesamte Bürgerschaft umgelegt³⁸). Die 4. Hungersnot fiel in das Jahr 1855, als endloser Regen die Kartoffeln so schlecht geraten ließ, daß nur ein Drittel verwendbar war. Auch berichtet das Lüdenscheider Wochenblatt von einem Unwetter, das die Ernte vernichtete.

Die Gründung der Sparkasse

Der Staat seinerseits versuchte die Armut zu bekämpfen, indem er — dem Denken der Zeit gemäß — an die Selbsthilfe des einzelnen appellierte. Seit 1833 schon drängte er auf die Errichtung einer Sparkasse. Sie sollte, wie es später (1845) in einem Aufruf an die Bürger Lüdenscheids hieß: „... namentlich den Fabrikarbeitern, Handwerksgehilfen und Lehrlingen, den Tagelöhnern, Dienstboten, den Eltern für die Sparfennige ihrer Kinder, überhaupt allen Gelegenheit... geben, diese Ersparnisse zinsbar und sicher unterzubringen...“ und „den Besitzlosen in den Stand des Besitzenden über... führen...“³⁹). Die Sparkasse sollte also ausschließlich ein Hilfsmittel zur Vermögensbildung der unteren Schichten sein und nicht den Wohlhabenden zur Verfügung stehen.

Altena folgte dem behördlichen Wunsch im Jahr 1833. Die vereinigte Gemeinde Lüdenscheid Stadt und Land zögerte und erforderte immer neue Ausflüchte, um dem Wunsch der Behörde zu entgehen. Lüdenscheid hätte in der 1828 gegründeten Unterstützungskasse für hilfsbedürftige Fabrikarbeiter schon eine Sparkasse, die den Arbeiter im Notfall unterstützte. Auch verdienten die Arbeiter zu wenig, um noch sparen zu können. Die vereinigte Gemeinde Lüdenscheid sei außerdem zu klein und das Risiko — da die Gemeinde ja die Haftung übernehmen müsse — zu groß. Der Landkreis selbst solle eine Sparkasse gründen. Der Landrat zog es vor, diesen Vorschlag nicht zu beachten.

Erst nach der Trennung der Gemeinden im Jahr 1843 trat der neue Magistrat der Stadt dem Vorschlag näher, zumal jetzt auch aus der Bürgerschaft das Projekt befürwortet wurde. Am 15. Januar 1845 wurden dann die Statuten der neuen Sparkasse der Stadt Lüdenscheid vom Oberpräsidenten in Münster genehmigt. In den Statuten hieß es, daß die Stadt die Bürgerschaft übernehme und nur Bürger der Stadt bei ihr sparen könnten. Es wurden nur Einlagen von 1 bis 100 Taler entgegengenommen. Höhere Einlagen muß-

ten erst genehmigt werden. Einlagen von 1 bis 50 Taler wurden mit 3 $\frac{1}{2}$ % verzinst, Einlagen über 50 Taler mit 2%, eine für unsere heutigen Begriffe sehr merkwürdige Regelung. Zum 1. Rendanten wurde der Kommunalempfänger Schumacher bestellt, der Verfasser der bekannten Chronik der Stadt- und Landgemeinde Lüdenscheid.

Die Erwartungen, die man in die Existenz einer Sparkasse gesetzt hatte, wurden enttäuscht. Wenige nahmen ihre Dienste in Anspruch, die eingezahlten Beträge waren gering und wurden oft bald wieder abgehoben. Man versuchte, die Sparkasse 1848 durch eine Änderung der Statuten attraktiver zu machen, indem auch Auswärtige zugelassen wurden und die Verzinsung der höheren Beträge von 2% auf 2 $\frac{1}{2}$ % angehoben wurde. Aber auch das half nicht. Bürgermeister Plöger führt 1852 in einem Bericht die Gründe an, die nach seiner Meinung einer besseren Entwicklung im Wege standen: der Bürger der Stadt treibe zu großen Luxus und leide an Vergnügungssucht, auch herrsche Arbeitslosigkeit und Teuerung, und die Fabriken-Unterstützungskasse sei eine scharfe Konkurrenz. Plöger schlug ein Zwangssparen der Arbeiter per Lohnabzugverfahren vor. Er erkannte aber auch ganz richtig, daß eine Begrenzung der Sparkasse auf die ärmeren Schichten ein Hemmschuh für ihre Entwicklung war: Leute, die Geld hatten, verliehen es privat gegen höhere Zinsen. Dies ist ein Verfahren, das in unserm Bezirk bis zum 1. Weltkrieg vielfach üblich war. Die nötigen Urkunden darüber ließ man sich beim Rechtsanwalt und Notar ausstellen. 1858 ging man deshalb dazu über, alle Guthaben mit 3 $\frac{1}{2}$ % zu verzinsen. Als sich dann immer noch nichts Wesentliches änderte, glaubte man den Sündenbock in dem Rendanten Schumacher gefunden zu haben, der zu wenig Aktivität entwickle, weil er zu viele andere Ämter habe. Er wurde daraufhin von Wilh. Josephson abgelöst. Es mag seiner Tüchtigkeit zuzuschreiben sein, sicherlich aber auch der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, wenn die Geschäftsentwicklung der Sparkasse in den 60er Jahren schließlich einen günstigeren Verlauf nahm.

Die Armenfürsorge

Die rasch anwachsende Bevölkerung machte auch eine Änderung in der sozialen Fürsorge, der sogen. Armenverwaltung, nötig. Bis 1849 war die Armenpflege eine kirchliche Angelegenheit. Sie unterstand einem Vorstand mit dem Pfarrer der Gemeinde an der Spitze. 4 gewählte Armenpfleger waren für die Armen der in 4 Rotten eingeteilten Stadt und für die Außenbürgerei als 5. Rote verantwortlich. Die Kirche nahm die Gelder für die Unterstützung der Hilfsbedürftigen aus den Canones (d. h. urkundlich für die Armenpflege bestimmten Erbzinsen) und aus Zinsen der Stiftungen für die Armen. Neben diesem sogen. Armenvermögen verwendete der Armenvorstand gottesdienstliche Kollekten für die Armen, Kollekten auf Hochzeiten und Kindtaufen, die Erträge der Armenbüchsen in den Gasthäusern, Spenden und die von den Armenpflegern eingesammelte freiwillige „Armensteuer“. Schon 1828 reichte dies alles nicht mehr aus, obwohl die Unterstützungen sehr knapp bemessen waren. Zuschüsse aus der Gemeindekasse mußten in von Jahr zu Jahr zunehmendem Maße in Anspruch genommen werden. Schließlich spielte auch die konfessionelle Frage eine Rolle. Wie wir schon sahen, nahm in unserm Berichtsraum die Zahl der katholischen Bürger stark zu und damit auch die Zahl der katholischen Armen. Daneben gab es eine stärker werdende jüdische Gemeinde in der Stadt. War es vertretbar, daß Katholiken und Juden auf dem Wege über die Stadtkasse für die evgl. Armenverwaltung herangezogen wurden? Dann mußte die evgl. Armenpflege sich auch um Katholiken und Juden kümmern. Daher ging 1849 im gegenseitigen Einverständnis die soziale Fürsorge von der Kirche an die Stadt über, die sich verpflicht-

tete, für alle Armen ohne Rücksicht auf die Konfession zu sorgen und dafür von der Kirche die Einkünfte aus dem oben bezeichneten Armenvermögen erhielt. Katholische und evangelische Kirche gaben außerdem noch die für die Armen gegebenen Beträge der Opferstöcke bzw. der Kollekten. Die Fürsorge für die Armen unterstand seit 1849 10 Armenpflegern, für jede Rotte zwei. Vorsitzender der städtischen Armenverwaltung wurde der Fabrikant W. Turck⁴⁰).

Auch die Errichtung eines Krankenhauses war seit 1847 im Gespräch. Es scheiterte jedoch an den Kosten, bis 1858 eine hochherzige Stiftung der schon erwähnten Frau Louise Kerksig die Einrichtung ermöglichte. Es wurde vorerst in dem bisherigen Rektoratshaus (heute Luisenstraße 21) untergebracht⁴¹).

Vereinsgründungen

Das 19. Jahrhundert in Deutschland ist einmal als das Jahrhundert der Vereine charakterisiert worden. Vereine verschiedenster Art wurden gegründet und erfreuten sich regen Zuspruchs: Zusammenschlüsse auf der Grundlage gewerblicher Interessen wie z. B. die Handwerkervereine, Vereine zur Pflege des geselligen Lebens, später, im Rahmen der wiedererwachenden nationalen Bewegung nach 1859 die Turnvereine und Vereinigungen politischen Charakters.

„Concordia“ und „Erholung“

Wir sahen schon, daß 1849 hier ein Handwerkerverein entstand. 1835 wurde die Gesellschaft „Concordia“ gegründet, 6 Jahre später, 1841, die Gesellschaft „Erholung“⁴²). Beide wandten sich statutengemäß in erster Linie an die „besseren Bürgerkreise der Einwohnerschaft“⁴³). Demnach waren ihre Mitglieder in den sozial besser gestellten Schichten der Lüdenscheider Bevölkerung zu finden: unter den Fabrikanten, Beamten, Lehrern und den Vertretern der Behörde. Vielfach gehörten Angehörige dieser Bevölkerungsgruppen gleichzeitig beiden Gesellschaften an. Beide haben fast die gleiche Zielsetzung: in 1. Linie die Pflege der Geselligkeit. Beide waren — dem Selbstverständnis der Zeit entsprechend — karitativ tätig: für die Armen der Stadt und später für das Krankenhaus. Warum in kurzem Abstand zwei Vereinigungen mit fast völlig gleicher Zielsetzung gegründet wurden, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Rivalitäten können bei der Doppelmitgliedschaft vieler Bürger in beiden Gesellschaften keine Rolle gespielt haben. Vielleicht lag es daran, daß die „Concordia“ ihre Hauptaufgabe „in der Förderung kultureller Werte“ sah, d. h. „neben heiteren Veranstaltungen häufig hervorragende Musik, Theateraufführungen und wissenschaftliche Vorträge“ brachte⁴⁴), während die „Erholung“ neben einer „anständigen Unterhaltung“ den Zweck verfolgte, „aus den von der Gesellschaft anzuschaffenden, politischen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Schriften... das Wissenswerte und Nützliche“ ihren Mitgliedern nahezubringen⁴⁵). Die „Concordia“ war also mehr musisch-ideell, die „Erholung“ mehr praktisch-nüchtern ausgerichtet.

Die Gesellschaft „Concordia“, die 1835 von 18 Bürgern aus Stadt und Kirchspiel Lüdenscheid gegründet wurde, hatte 1851 154 Mitglieder. Sie baute 1869 ihr eigenes Haus, die „Concordia“ in der jetzigen Frh.-vom-Stein-Straße. Mit ihr in Verbindung stand ab 1848 ein Klub, der als „Abendschule“ wegen seiner skurrilen Sitten und Gebräuche eine gewisse Berühmtheit über die Grenzen Lüdenscheids hinaus gewann⁴⁶).

Die Gesellschaft „Erholung“ begann ihre Tätigkeit 1841 mit 93 Mitgliedern aus Stadt und Land Lüdenscheid. Während jedoch die „Concordia“ ihre enge gesellschaftliche Basis beibehielt und deshalb während des ganzen Jahrhunderts einen Mitgliederstand von 170 nicht überschritt, konnten der „Erholung“ schon wenige Jahre nach ihrer Gründung,

wahrscheinlich wegen ihrer schon erwähnten besonderen Zielsetzung, auch Angehörige der mittleren Schichten, d. h. Handwerker, Büroangestellte, Verkaufseher u. a., beitreten. Die Mitgliederzahl nahm ab 1851 stark zu und erreichte 1876 einen Stand von 400⁴⁶).

Der Schützenverein von 1843

Zu diesen Vereinen in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts gehört auch der Lüdenscheider Schützenverein, zu dessen Gründung sich 1843 15 Bürger der Stadt- und Landgemeinde Lüdenscheid zusammenfanden.

In der Diskussion um die Schützengesellschaft hat in den letzten Jahren die Frage verschiedentlich eine Rolle gespielt, ob es sich hier um eine Neugründung oder um die Wiederbelebung der alten Schützengesellschaft des Mittelalters handelte, die als St.-Antons-Schützengilde 1506 erstmalig urkundlich erwähnt wird und bis in die 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts bestand. Die letztere Auffassung beruft sich dabei auf das Vorwort zu den Statuten von 1848, in dem es heißt: „Im Jahre 1843 reconstituierte sich der in alter Zeit schon bestandene, aber seit einer Reihe von Jahren eingegangene Lüdenscheider Schützen-Verein“⁴⁷).

Jedoch ist festzustellen, daß diese Formulierung in den ältesten Statuten vom 8. Juli 1843 nicht erscheint. Der Einfluß der nationalen Begeisterung der 48er Revolution ist daher in der Neufassung der Statuten nicht von der Hand zu weisen. Dem Hang der Zeit entsprechend, erging sich das politische Denken damals gern in romantischen Erinnerungen an die Vergangenheit. Man sah das, was politisch erstrebt wurde, in der großen Tradition der nationalen Geschichte, auch wenn es sich um etwas völlig anderes und Neues handelte. Dies wird noch deutlich in der Benennung des deutschen Parlaments nach 1871 als Reichstag und des neu entstandenen Staates als Deutsches Reich, obwohl weder Parlament noch Staat viel mit dem alten Reichstag und dem alten Deutschen Reich vor 1806 gemeinsam hatten. Von dieser romantisch-historisierenden Denkweise wird sich 1848 auch der neue Schützenverein nicht haben ausschließen können, zumal er noch den Adler vorweisen konnte, den der Preußenkönig einst den Schützen gestiftet hatte.

Für die Beurteilung unserer Frage ist wichtiger, was die alte Schützengesellschaft war und was die neue von 1843 sein wollte.

Die alte Schützengilde hatte eine militärische Aufgabe und eine Ordnungsfunktion. Sie schützte die Stadt in den damals unruhigen Zeiten gegen Angriffe von außen und hatte zu diesem Zweck ihre Waffen stets in Ordnung zu halten. Dabei war wohl weniger gedacht an die Abwehr feindlicher Heere als die Vertreibung von Marodeuren und anderem Gesindel, das damals die Lande unsicher machte, wie denn auch die Schützen zu rein polizeilichen Funktionen herangezogen werden konnten. Mit dem Erstarken des Absolutismus verlor die Schützengilde um 1700 diese Aufgabe, und gegen Ende des 18. Jahrhunderts war ihre Zeit völlig vorbei⁴⁸).

Wäre der Schützenverein von 1843 eine Wiederbelebung der alten Schützengilde gewesen, hätte er sich doch sofort mit Freuden der in der Revolution 1848 entstehenden Bürgerwehr anschließen müssen, der „Grundlage der in Aussicht gestellten allgemeinen Volksbewaffnung“. Zwar stellte der Schützenverein dann die 1. Kompanie der Bürgerwehr, aber in den Statuten von 1848 wird diese „Wehrhaftigkeit zur Sicherung der Ruhe und Ordnung im Innern, zur Abwehr möglicherweise zu besorgender Angriffe von Außen“ ausdrücklich als „ein neuer... Zweck“ des Vereins, „eine bis dahin ihm ferne gelegene Tendenz“ bezeichnet, und noch das Vorwort zu den neuen Statuten vom Mai 1860 nennt „die Bürgerwehr und viel Anderes — Fehlgeburten einer aufgeregten Zeit“, die „jene Zeit nicht lange überlebt“ haben⁴⁹).

Die Ziele des Schützenvereins

Die erste Äußerung über den neuen Verein, offensichtlich ein Aufruf zum Beitritt, ist vom 21. Juni 1843 datiert. Sie erwähnt die alte Schützengilde und irgendwelche traditionellen Bindungen an frühere Vereinigungen dieser Art mit keinem Wort und spricht nur schlicht davon, daß „eine Schützengesellschaft errichtet werden“ soll⁵⁰). In den Statuten vom 8. Juli 1843⁵¹) wird dann im Schlußwort die zeitgemäße, völlig neue Aufgabe des Vereins herausgestellt. Es heißt dort in umständlicher Formulierung: „Der Zweck unseres Schützenvereins... ist wohl im Wesentlichen: für die — leider bisher noch von Einigen unter uns, nach wochenlangem Schwitzen in Fabrik- und Werkstätten nur gekannten — Erholung in dumpfen Branntweinhöhlen, diesen Pflanzschulen frecher Raufereien oder feiger Verzweiflung, die schon das Mark so vieler unserer kräftigsten Arbeiter vergiften, den Ruin und das Elend so mancher, sonst glücklichen Familien herbeigeführt — uns gesunde, stärkende Bewegung in Gottes freier Natur zu verschaffen; ferner die uns schon mit ihrer Einbürgerung bedrohenden Geist und Körper ertötenden Lotto- und Kartenspiele durch männliche, erkräftigende Waffenübungen zu verdrängen, und so endlich überhaupt Trunksucht, Siechthum, Roheit, Spielwuth und ähnliche Übel und Laster immer mehr von uns fern zu halten... (Wir) wünschen... die strengste Befolgung (der Statuten)... Wird dieser Wunsch erfüllt, — hat nur z. B. keiner unter uns... einer erkauften oder gar erborgten Schnaps-courage mehr nötig... — so hoffen wir... daß wir eben dadurch, von vielen unter uns noch ungekannte edlere und schönere Genüsse erwarten dürfen, und daß künftig kein im bürgerlichen Leben höher stehende, keiner unserer Beamten und Fabrikherrn einen Anstoß daran finden wird, ein Lüdenscheider Schütze zu sein.“

Der neue Schützenverein will also, ebenso wie die anderen Vereine der damaligen Zeit, die Geselligkeit pflegen. Außerdem verlangt er Selbstzucht und Stählung des Körpers. Er steht damit den späteren Turnvereinen näher als der alten Schützengilde. Seine besondere Aufgabe war sozialer Art: Er wollte die im Gefolge der Industrialisierung entstehende verheerende Trunksucht bekämpfen. Jeder, der Mitglied werden wollte, mußte sich auf diese Statuten und damit die Aufgabe des Vereins verpflichten. In § 17 der obigen Statuten heißt es noch einmal ausdrücklich: „Wer... betrunken oder mit Branntweinflaschen auf dem Schützenplatz erscheint, ... hat sich strenger Zurechtweisung... bei Wiederholungen aber der Ballotage“⁵²) zu unterwerfen, ob er noch ferner Mitglied bleiben kann.“

Ein Verein für die mittleren und unteren Schichten

Das Vorwort zu den geänderten Statuten von 1848 und 1849 greift diese Ziele des Vereins wieder auf: Als „ausschließliche Zwecke des Vereins“ werden bezeichnet: „Heranbildung der Theilnehmer zu erhöhter moralischer Selbständigkeit, Gewährung einer harmlosen geselligen Unterhaltung und mit ihr Verbannung des verderblichen, das Lebensglück so mancher Familie untergrabenden Hanges zu Spiel und Trunk. Mit einiger Befriedigung kann der Verein sich es sagen, daß jene edlen Zwecke nicht unerreicht geblieben“⁵³). Das galt in erster Linie den Angehörigen der mittleren und unteren Gesellschaftsschichten, speziell aber den Arbeitern. Aus diesen rekrutierten sich demnach vorwiegend die Mitglieder des Vereins, was auch in dem Werben um die „im bürgerlichen Leben höher Stehenden“ sichtbar wird. Erst später kamen Angehörige aller Schichten hinzu. Zuerst waren es einfache Leute, im Gegensatz zu den beiden anderen Vereinigungen der „Concordia“ und der „Erholung“. Auf dieser sozialen Linie liegt es

auch, daß in der 1849 erfolgenden Änderung der Statuten von 1848 eine seit 1846 bestehende Sterbekasse satzungsgemäß verankert wird: „Um... ein festeres Zusammenhalten, ein Stehen des Einen für Alle und Aller für Einen zu erzielen, ist beschlossen unter den Vereinsmitgliedern im Leben wechselseitige Achtung und Liebe fester zu begründen. Aber auch über die engeren Grenzen dieses Lebens hinaus soll ein Zeichen brüderlicher Anhänglichkeit reichen und zwar soll dieses Zeichen darin bestehen, daß beim Sterbefall eines... Mitgliedes von jedem überlebenden... Mitglied der Betrag von 2½ Sgr zur Kasse eingezahlt und den Hinterbliebenen eingehändigt wird.“ Damit wurde ein beispielhaftes soziales Werk geschaffen, das zwar dem in der damaligen Zeit starken Gedanken der Selbsthilfe entsprach, in dieser Art aber für Lüdenscheid neu war. Auch diese Einrichtung zeigt, daß die Mitglieder im wesentlichen aus sozial schwächeren Schichten kamen, denn sonst wäre sie nicht nötig gewesen. Die Angliederung an die Bürgerwehr und die Einrichtung von Ehren- und Schiedsgerichten im Jahr 1848 blieben nur Episode. Die entsprechenden Paragraphen sind schon in der handschriftlichen Fassung der Statuten vom März 1849 nicht mehr enthalten; sie erscheinen jedoch noch in der gedruckten Fassung und werden hier erst in der von 1860 weg gelassen.

Die ersten Statuten von 1843 wurden schon von 66 Mitgliedern unterzeichnet, eine für das damalige Lüdenscheid stattliche Zahl. Viele der kleinen Gewerbetreibenden gehörten dazu, darunter auch die jüdischen Mitbürger Joseph und Amschel Lazarus (später Lennhoff) und Scheier Isaias.

Die ersten Jahre des Schützenvereins

Die Stadtbehörde war dem Schützenverein trotz seiner sozialen Ziele zuerst nicht sonderlich günstig gesonnen. Aus Erfahrungen andernorts und mit der jährlich stattfindenden Kirmes fürchtete man bei den geplanten Schützenfesten „Ausartungen, Mißbräuche und Trinkgelage“, da solche Feste leicht außer Kontrolle geraten konnten, und erteilte daher nicht die Genehmigung⁵⁴). Auch das Vogelschießen in der sogenannten Fillekuhle (zwischen dem heutigen Bahnhof und der Knapper Schule) wurde zuerst verboten⁵⁵). Der Verein bezeichnete sich in diesem Briefwechsel mit der Behörde als „Scheibenschützenverein“.

Schon im Jahr der Gründung wurde vom Schreinermeister Joh. Heckmann „seine gesamte am Grünenwalde gelegene Besetzung“ auf 10 Jahre gepachtet, um dort das Schützenfest abhalten zu können⁵⁶). 1848 zählte der Verein, der sich erst wieder mit Beginn des 20. Jahrhunderts als Gesellschaft bezeichnete, schon 200 Mitglieder, und Oberst war der Justizkommissar v. Schenk⁵⁷).

Die revolutionäre Begeisterung von 1848/49 führte auch zu einem starken Ansteigen der Mitgliederzahlen. Mit der einsetzenden Reaktion entwickelte der Verein dann aber rasch konservative Züge, und viele Mitglieder verließen ihn deshalb wieder. Von einer Beauftragung des Magistrats, im Mai 1849 den Schutz der Stadt zu übernehmen, kann wohl keine Rede sein, denn gerade der Magistrat bescheinigte dem Schützenverein Anfang 1850: „Der Zweck (des Vereins) ist bloß der der geselligen Unterhaltung“⁵⁸). Auf dieser Linie setzte er sich auch durch.

Bald wurde auf dem Loh gefeiert, wo 1852 ein größeres, der Wwe. Berg gehörendes Grundstück gekauft wurde. 1860 entstand hier „ein stehendes massives durch Ziegelsteine gebautes Zelt“, unsere alte Schützenhalle⁵⁹). Das Schützenfest verdrängte allmählich die Kirmes, die — wie schon erwähnt — jeweils Ende September auf dem Kirchplatz stattgefunden hatte⁶⁰). Es fand nicht jährlich statt. In Zeiten äußerer und innerer Not ließ man es ausfallen, z. B. 1849. Für die musi-

kalische Umrahmung wurden schon damals (1845) gern Militärkapellen verpflichtet, die neben dem Zapfenstreich, dem morgendlichen Wecken und der abendlichen Ballmusik zwischendurch auch noch „Harmonie Musik (zu) machen“, d. h. ein Platzkonzert zu bringen hatten⁶¹).

Die Revolutionsjahre 1848—1850

In diesen Jahren war die Revolution von 1848/49 das wichtigste politische Ereignis, über das W. Sauerländer schon eingehend berichtet hat⁶²). Der Bericht an dieser Stelle soll daher nur einige Zusammenhänge deutlich machen.

Als es im März 1848 andernorts zu Unruhen kam, blieb es in Lüdenscheid ruhig, weil die hier maßgeblichen Persönlichkeiten zwar auch für größere Unabhängigkeit und Freiheit des Geistes und damit für größere politische Freiheit, Demokratie und eine auf eine Verfassung verpflichtete Regierung eintraten, aber Aufruhr und Gewalt strikt ablehnten, weil „auch das Beste seinen Wert verliert, wenn Maß und Besonnenheit nicht damit vereinigt sind“⁶³).

Gründung einer Wochenzeitung

Jedoch ein langgehegter Wunsch konnte in Erfüllung gehen: eine Wochenzeitung wurde gegründet. Am 8. April 1848 erschien zum 1. Mal der „Märkische Bote“. Er begrüßte das Ende der „Willkürherrschaft“, die seit den Karlsbader Beschlüssen 1819 das politische Leben gelähmt hatte, forderte „Deutschlands Freiheit und Einheit“ und zeigte sich als Vorkämpfer für die Ideen der Revolution von 1848. Er wollte, wie es in der 1. Nummer hieß: „Aufsätze von allgemeinem vaterländischen und örtlichem Interesse... veröffentlichten“⁶⁴). Uebelstände und Mißbräuche sollen angeprangert werden, was die noch am 17. März 1848 verkündete Pressefreiheit zum 1. Mal ermöglichte. Wir haben in diesem „Märkischen Boten“ die wichtigste Quelle für die Geschehnisse in Lüdenscheid während der Revolutionsjahre. Er ist jeweils ein getreues Spiegelbild der öffentlichen und offiziellen Meinung. Jedes Ausschlagen des Pendels nach der revolutionären oder reaktionären Seite wird deutlich verzeichnet. Als die Reaktion siegt, macht sich der „Märkische Bote“ zu ihrem Sprachrohr. Damit sinkt er aber gleichzeitig in die Bedeutungslosigkeit ab und verschwindet Ende 1850 völlig. Für die Lüdenscheider Zeitungsgeschichte war seine Existenz nicht vergebens. Der Gedanke an eine eigene Zeitung innerhalb der Stadt kam nicht zur Ruhe und führte 1854 zur Gründung des „Lüdenscheider Wochenblattes“, auf das die jetzigen „Lüdenscheider Nachrichten“ direkt zurückgehen.

In der allgemeinen Freude über die politische Freiheit fand die Aufforderung der Behörde zur Aufstellung einer „Bürgerwehr“ gleich Zustimmung und große Beteiligung. Sie war offiziell bewaffnet, und ihre Angehörigen galten, wenn sie in Ausübung ihrer Funktionen im blauen Kittel mit schwarz-rot-goldener Halsborde erschienen, als Obrigkeit. Trotz der Ende 1848 einsetzenden Reaktion bestand die Bürgerwehr hier länger als in anderen Städten. Nachdem sie schon im Januar 1849 ihre Waffen auf dem Rathaus hatte abgeben müssen, wurde sie erst im November 1849 aufgelöst.

Keimzellen politischer Parteien

In der Revolution von 1848 trat eine Gruppe junger Lüdenscheider Kaufleute an die Öffentlichkeit, die schon seit einiger Zeit unter dem Namen „Jung-Deutschland“ bestand, und deren geistiges Haupt der Fabrikant Wilh. Gerhards, der langjährige Vorsitzende der Stadtverordneten, war. Sie bestand aus jungen Liberalen, allerdings nicht einheitlicher Prägung, denn als einige ihrer Mitglieder die französische Februarrevolution zu sehr begrüßten und als Vorbild hin-

stellten, trat z. B. W. Turck aus. Bei den Wahlen zu den Nationalversammlungen in Berlin und Frankfurt Anfang Mai 1848 wurden die Lüdenscheider nominiert, die dann auch später, nach dem Wiederaufleben der nationalen Bewegung 1859, eine maßgebliche Rolle im politischen Leben Lüdenscheids spielen sollten: W. Gerhards, C. Basse, Heinr. Noelle, W. Turck, C. Berg, H. Nottebohm und Dr. Gerhards.

Die Liberalen unter ihnen, und zwar W. Gerhards, C. Berg und Gust. vom Hofe, gründeten mit anderen im August 1848 den „Bürgerverein“, eine politische Vereinigung, in der sie „Gebrauch machen (wollten) von den Freiheiten, die nun nach langer Zeit schmachtvoller Knechtschaft im Frühling dieses Jahres endlich errungen sind“. Für sie ist die Demokratie „die Staatsform der Zukunft“⁶⁵). Der Vorstand des Vereins bestand aus den durchweg 30- bis 40jährigen jüngeren Kaufleuten der Stadt. Der Radikalste war wohl Gust. vom Hofe, der den „Volksfreund“ herausgab, ein Blatt, das der Landrat als „Schandblatt“ und dessen Herausgeber er als „Demokraten ohne Achtung“ bezeichnete. G. vom Hofe unterhielt gute Beziehungen zu dem Sozialisten Tölcke, dem späteren Vertreter des ADAV. Es kann daher nicht wunder nehmen, daß ein unverhältnismäßig großer Teil der Mitglieder des „Bürgervereins“ aus dem Arbeiterstand kam.

Die politischen Gegner dieses „Bürgervereins“, die Konservativen, die bedingungslos die Maßnahmen des Königs für gut hielten und unterstützten, regten sich bald. Sie störten die Versammlungen des Vereins im Lokal „Knobel“ durch Absingen vaterländischer Lieder und Hochrufe auf den König.

Als im November 1848 in der Verlegung der preußischen Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg und ihrer baldigen Auflösung im Dezember die Reaktion deutlich wurde, sammelte der „Bürgerverein“ Unterschriften für einen Protest gegen diese Maßnahme der preußischen Regierung. Aber schon die geringe Zahl der Unterschriften zeigte, daß die Bevölkerung Lüdenscheids einen Kurs gegen den König nicht mitmachte. Eine Adresse für den König fand die mehr als vierfache Zahl der Unterschriften. Bürgermeister Plöger konnte wahrheitsgemäß an den Landrat berichten, daß „... die Bewohner dieser Stadt fest an Ordnung und Gesetz (halten)... Anarchistische Zustände sind hier nicht zu befürchten“⁶⁶). Im Schutz dieser Mehrheit entstand im Dezember 1848 in Lüdenscheid ein konservativ-konstitutioneller Verein für König und Ordnung, zu dessen Vorstand W. Turck, C. Basse u. a. gehörten. Die veränderte Lage zeigte sich auch bei den Stadtverordneten, zu deren Vorsteher schon im Oktober W. Turck anstelle W. Gerhards gewählt worden war. Die eingetretene Polarisierung der politischen Fronten ließ aber Bürgermeister Plöger befürchten, daß bei einer Nachwahl zum Magistrat im März 1849, die wegen Verfahrensmängel bei der Wahl vom September 1848 angeordnet werden sollte, Gegner der bestehenden Ordnung gewählt werden könnten. Er erreichte mit diesem Argument, daß die Regierung in Arnsberg die beanstandete Wahl für rechtens erklärte⁶⁷).

Neben diesen beiden Vereinen entstand im November 1848 noch der „industrielle Arbeiter-Verein“, der sich vorwiegend für die soziale Besserstellung der Arbeiter und Invaliden einsetzte. Nach 1850 hören wir nichts mehr von ihm.

Diese verschiedenen politischen Vereine sind wichtig, weil sie die Keimzellen der späteren politischen Parteien sind. Noch bis Ende des Jahrhunderts sind die Träger der politischen Willensbildung auf örtlicher Ebene Vereine, die durchaus unabhängige politische Vorstellungen entwickeln und keine organisatorischen Kontakte zu den Parteien in Landtag oder Reichstag haben. Sie nominieren bei den Wahlen die Kandidaten, die

dann, wenn gewählt, sich den Parteien anschließen, die ihren Vorstellungen am nächsten kommen. So sammelten sich im „Bürgerverein“ die radikalen Liberalen wie W. Gerhardt, Gust. vom Hofe und C. Berg, die später die Fortschrittspartei unterstützten, während sich im konservativ-konstitutionellen Verein die gemäßigten Konservativen wie W. Turck und die Stockkonservativen wie C. Basse zusammenfanden. Die Arbeiter neigten zu den Liberalen. Wie die nur vorübergehende Existenz des „industriellen Arbeitervereins“ zeigt, fand eine eigene politische Betätigung unter ihnen noch kein Echo. Sofern in den nächsten Jahrzehnten sozialistische Ideen in Lüdenscheid vertreten wurden, geschah dies durch auswärtige Agitatoren wie z. B. Tölcke aus Altena.

Die Krise der Revolution: Die Lüdenscheider bewahren Ruhe

Die Krise der Revolution von 1848/49 kam mit der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preussischen König im April 1849 und dem damit verbundenen Scheitern der Nationalversammlung in Frankfurt. Es kam zu Aufständen in Sachsen und Süddeutschland, gegen die preussische Truppen mobilisiert wurden. Daß nun verdammt werden sollte, was vorher mit offizieller Unterstützung von allen angestrebt worden war, daß die ersehnte Reichsverfassung nun nicht mehr gelten sollte, daß Deutsche auf Deutsche schießen sollten, verwirrte weite Kreise der Be-

völkerung. Als die westfälische Landwehr gegen die Aufständischen in Baden mobilisiert wurde, kam es an vielen Orten in Westfalen zu erregten Versammlungen. Die demokratischen Vereine von Altena und Lüdenscheid riefen zu einer Landwehrversammlung am 9. Mai in der Wirtschaft „Knobel“ auf, W. Gerhardt wurde zum Vorsitzenden, Tölcke zum Vertreter gewählt. In seiner Rede forderte Gerhardt eine Verfassung der Gerechtigkeit für alle. Er brachte ein Hoch auf die Reichsverfassung aus und lehnte den Kampf Deutscher gegen Deutsche ab. Tölcke sprach wesentlich radikaler. Aber es gelang Gerhardt und anderen Besonnenen, die Landwehrmänner doch von radikalen Maßnahmen wie die Befreiung der schon Eingezogenen in Attendorn abzuhalten. In Iserlohn dagegen wurde am 10. Mai das Zeughaus gestürmt, die Waffen wurden unter der Bevölkerung verteilt, Barrikaden errichtet und andere Städte wie Altena und Lüdenscheid um Hilfe gebeten. Das war offener Aufstand. In Altena konnte er durch geschickte Behandlung der aufgeregten Menge noch eben vermieden werden. In Lüdenscheid wollten am 11. Mai Arbeiter die der Bürgerwehr abgenommenen Gewehre vom Rathaus holen und dann das Haus des als Reaktionär bekannten Fabrikanten C. Basse stürmen und demolieren. Hier war es wieder dem beruhigenden Einfluß Gerhardis zuzuschreiben, daß es so weit nicht kam.

Der Aufruhr in Iserlohn wurde am 17. Mai blutig niedergeschlagen und der Belagerungs-

zustand verhängt. Unter den Angeklagten in dem darauf folgenden Hochverratsprozeß in Wesel waren auch Gerhardt und der Arbeiter Joh. Schmand aus Lüdenscheid. Ihnen wurde vorgeworfen, die Bevölkerung zum Aufruhr aufgewiegelt und versucht zu haben, den Aufständischen in Iserlohn Hilfe zu bringen. Die Verhandlung ergab, daß besonders Gerhardt sich bemüht hatte, mäßigend und beruhigend in Lüdenscheid und Iserlohn einzuwirken. Wie er vor Gericht aussagte, war es sein Prinzip gewesen, „zu verhandeln statt zu handeln“⁶⁸). Er wurde freigesprochen und bei seiner Rückkehr nach Lüdenscheid begeistert empfangen. „In Lüdenscheid spannte man die Pferde vom Wagen und zog Gerhardt im Triumph zu seiner Wohnung“, so heißt es in einer Darstellung dieser Vorfälle⁶⁹).

Das war das Ende der Revolution von 1848/49. Es breitete sich wieder politische Friedhofstille aus. Mitte 1851 berichtete Plöger an den Landrat: „Die öffentliche Stimmung... ist hier im Allgemeinen gut und nimmt die hiesige Bevölkerung an den politischen Ereignissen wenig Antheil“⁷⁰). Die Wahlbeteiligung war dementsprechend sehr gering. Daß aber die Geschehnisse nicht vergessen waren, wurde deutlich, als 1859 W. Gerhardt wieder zum Vorsitzenden der Stadtverordneten und Gust. vom Hofe zu seinem Vertreter gewählt wurden. Das war das gleiche Jahr, in dem durch den italienischen Krieg und die Schillerfeiern die nationale Bewegung wiedererstand.

Anmerkungen:

- 1) vgl. zu unserem Thema auch W. Zuncke: „Die Lüdenscheider Stadtohrigkeit seit 1843“ in LN v. 8. 10. 1954.
- 2) Schumacher, S. 27.
- 3) StALüd A 28; Monatsberichte an die Aufsichtsbehörde 1837–1860.
- 4) im Besitz von Herrn O. Brauckmann, Lüdenscheid.
- 5) s. „Der Reidemeister“ Nr. 47 v. 8. Okt. 1969.
- 6) vgl. hierzu Hostert S. 62 ff.
- 7) StALüd A 417 und Steinkühler.
- 8) Voye, S. 90.
- 9) Steinkühler S. 45.
- 10) a.a.O., Tafel I.
- 11) vgl. Festschrift der Fa. P. C. Turck Wwe.
- 12) nach Voye S. 66 ff.
- 13) StALüd A 417.
- 14) StALüd A 417.
- 15) Schumacher S. 26.
- 16) StALüd A 28; Zeitungsbericht v. 24. 2. 1843.
- 17) Schumacher S. 94 ff.
- 18) Simon S. 33.
- 19) Sauerländer: „Lüdenscheid als Messestadt“, in WP 29. 1. 1949 und LN 27./28. 8. 1966.
- 20) vgl. Hostert S. 49.
- 21) StALüd A 417.
- 22) abgedruckt in WP 8. 12. 1949.
- 23) „Der Reidemeister“ Nr. 47 v. 8. 10. 69.
- 24) Schumacher S. 72 f.
- 25) Schumacher S. 74; StALüd A 28; vgl. auch W. Sauerländer: Im Jahre der Neubildung der Schützengesellschaft“ in LN 23. 6. 1956.
- 26) Rottmann S. 65 f.
- 27) vgl. hierzu Festschrift Zeppelin-Gymnasium.
- 28) Simon S. 27.
- 29) Steinkühler S. 73.
- 30) Schumacher S. 67.
- 31) StALüd A 28.
- 32) Schumacher S. 67.
- 33) StALüd A 28.
- 34) StALüd A 28; Bericht v. Nov. 1845.
- 35) a.a.O.: Bericht v. Nov. 1847.
- 36) Rottmann S. 88 ff.
- 37) StALüd A 64; Protokoll v. 2. 3. 1852.
- 38) Schumacher S. 100 f.
- 39) Hierzu und zum folgenden aus den Gründungsakten der Sparkasse Lüdenscheid.
- 40) StALüd A 1595; vgl. auch Rottmann S. 74 ff.
- 41) Strodel S. 130, Rottmann S. 77 f.
- 42) vgl. Strodel S. 116 f.
- 43) StALüd A 988; Statuten v. 1895, § 1.

- 44) A. D. Rahmede: „100 Jahre Concordia“, S. 3.
- 45) StALüd: Prot.-Buch d. Ges. Erholung 1841–88; Statuten v. 27. 2. 1841, § 1.
- 46) s. Anm. 2; vgl. zur Geschichte der Ges. „Erholung“ auch den Artikel in der WR v. 21. 12. 1964.
- 47) Archiv d. Schützenges.: Statuten v. Mai 1848.
- 48) vgl. hierzu W. Sauerländer, Stadtgeschichte S. 76 f, 119, 120, 207 f.
- 49) Arch. Schützenges.: Statuten v. 1848, 1849 und 1860.
- 50) dsgl.: Akten zu 1843.
- 51) Eine handschriftliche Abschrift dieser Statuten im Protokollbuch der Schützenges. trägt — wohl irrtümlich — die Jahreszahl 1844.
- 52) Alle diese Vereine verfahren nach der Ballotage, d. h. über die Aufnahme neuer Mitglieder bzw. den Ausschluß von Mitgliedern wurde vermittels geheimer Abgabe schwarzer und weißer Kugeln entschieden.
- 53) Archiv Schützenges.: Statuten v. 1848 und 1849.
- 54) Archiv Schützenges.: Schreiben Plögers v. 27. 7. 1843.
- 55) a.a.O.: Schreiben des Magistrats v. 9. 8. 1843.
- 56) a.a.O.: Akten f. 1843.
- 57) a.a.O.: Mitgliederliste f. 1848.
- 58) Sauerländer: Das polit. Leben in Lüd. ... 1848 bis 50, S. 18 ff.
- 59) Archiv Schützenges.: Protokollbuch 1845–1879.
- 60) Zur Geschichte d. Schützenges. vgl. A. D. Rahmede: „Schützen und Schützengeist in 7 Jahrhunderten“ (WP v. 18. 6. 1949) und Strodel S. 109 ff.
- 61) Archiv Schützenges.: Protokollbuch 1845–1879.
- 62) Sauerländer: Das polit. Leben in Lüd. ... 1848 bis 50, Heft 6 der Lüd. Beiträge.
- 63) zit. bei Sauerländer a.a.O. S. 10.
- 64) a.a.O. S. 13.
- 65) zit. aus dem „Märk. Boten“ bei Sauerländer, a.a.O., S. 30.
- 66) StALüd A 28; Bericht v. 24. 11. 1848.
- 67) StALüd A 94; Eingabe Plögers v. 19. 3. 1849.
- 68) Sauerländer, a.a.O., S. 79.
- 69) aus Koster, zit. bei Sauerländer, a.a.O., S. 76.
- 70) StALüd A 28; Bericht v. 30. 7. 1851.

Quellen:

- Stadtarchiv Lüdenscheid (zit. StALüd):
 A 28; Monatsberichte an die Aufsichtsbehörde 1837 bis 1860.
 A 64; Protokollbuch der Stadtverordneten 1845–1854.
 A 94; Magistratsakten 1847–1929.
 A 417; Statist. Sachen 1820–46.
 A 988; Gesellschaft „Erholung“ 1866–1915.
 A 1595; Das Armenwesen der Stadt Lüdenscheid 1847 bis 1894.

—: Protokollbuch der Gesellschaft „Erholung“ 1841 bis 1888.

Sparkasse Lüdenscheid: Gründungsakten.

Archiv der Lüdenscheider Schützengesellschaft:
 Statuten

Akten zu 1843

Mitgliederliste für 1848

Protokollbuch 1845–1879

„Lüdenscheider Wochenblatt“ 1855

„Wochenblatt für den Kreis Altena“ 1856

„Märkischer Bote“ 1848–50

Literatur:

Artikel in den „Lüd. Nachrichten“ (LN), der „Westf. Rundschau“ (WR) und der „Westfalenpost“ (WP).

„500 Jahre Höhere Schule Lüdenscheid“. Festschrift des Zeppelin-Gymnasiums Lüdenscheid 1959.

Festschrift zur Einhundertjahr-Jubelfeier des Fabrikgeschäfts von P. C. Turck Wwe. am 7. Nov. 1891. Lüdenscheid 1891.

W. Hostert: Die Entwicklung der Lüdenscheider Industrie vornehmlich im 19. Jahrhundert. Diss. Münster 1960. (zit. Hostert)

J. Köster: Die Iserlohner Revolution und die Unruhen in der Grafschaft Mark im Mai 1849. Berlin 1899. (zit. Köster)

F. W. Nölle: Erinnerungen (ungedruckt, im Besitz von Herrn O. Brauckmann)

A. D. Rahmede: 100 Jahre Concordia. Lüdenscheid o. J. (ungedruckt, im Stadtarchiv Lüdenscheid)

„Der Reidemeister“. Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land.

F. Rottmann: Chronik der Kirchengemeinde Lüdenscheid. Lüdenscheid 1861. (zit. Rottmann)

W. Sauerländer: Das politische Leben in Lüdenscheid während der Revolutionsjahre 1848–1850. Heft 6 der Lüdenscheider Beiträge. Lüdenscheid 1960.

W. Sauerländer: Geschichte der Stadt Lüdenscheid von den Anfängen bis zum Jahre 1813. Lüdenscheid 1965. (zit. Sauerländer: Stadtgeschichte)

F. H. Schumacher: Chronik der Stadt- und Landgemeinde Lüdenscheid. Altena 1846. (zit. Schumacher)

F. Simon: Kurze Geschichte der Stadt Lüdenscheid. Lüdenscheid 1934. (zit. Simon)

P. Steinkühler: Die Wandlungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Lüdenscheider Wirtschaftsgebietes seit Beginn der 19. Jahrhunderts. Castrop-Rauxel 1931. (zit. Steinkühler)

H. Strodel: Chronik der Stadt Lüdenscheid. Lüdenscheid 1929.

E. Voye: Geschichte der Industrie im märkischen Sauerland. Bd. II. Hagen 1910. (zit. Voye)

W. Zuncke: Die Lüdenscheider Stadtohrigkeit seit 1843 (in: LN v. 8. 10. 1954)

Rötger von Neuhoff, gt. dey Duve, als Schöffe der „heiligen“ Veme

Fortsetzung und Schluß

reichten vrynscheppenn Ind vort vur allen den gheenen den dat van reichte to wetenn geboirt, dat vur my up datum dis brieues vnd vur vier vrygreuen mit namen Albert Swynde to brunynchuysen, lodowich schuymkettel to velgist, lambrecht nydendyck to lymburg Ind heynkyn van würde to volme-steyne alle des heiligen Rykes vrygreuen mit mir an dem keyserlychen konningligen vrynstoele to Ludenschede to reichter dage-tyd dair ich stat ind stoill daeselues to rich-ten oeuere lyff ind ere besetten ind becleidet hain gekomen synt der feste Rotger de düve vamme nüwenhoyne Ind Conraid van Cor-becke gereichte vnd elige procuratores des durluchtigen hogenborn fürsten ind hern, hern wilhems pfaltzgraue by Ryne Ind herzouge in Bayrn an eyne syde Ind der eirsamener her Joerig byrser elige ind gereichte procura-tor des durluchtigen hogenborn fürsten ind hern, hern heinrichs pfaltzgraue bej Reyn ind herzouge in Bayrn An die anderen syde Ergichteden vnd bekanten die vurschreven beyde partyen, offenlich dat der Alredurch-luchtigste hogenbornste fürste ind here her Sygemond Roemscher keyser vereyniget ind guttlichen mit vruntlicheit gescheiden hette denselbigen herzouge wilhem ind herzouge heinrich vurschreven umb alle tzwyste tzwey-ongen ind stöße der vurschreven myn gne-diger here herzouge wilhem vp herzouge heinrich yn ind syne furstlige selues per-sonen beclaget geheisschet hette, eynwerff, Anderwerff ind durdewerff ouernutz eligen gereichten vrynscheppenn ind mich selues, mit zo dem lesten maile hette doin laden in maiffen die verbot brieue ind ladebrieue dat cleirlichen viswysen ind ynnehalden. Ind want der vurschreven herzouge heinrichs procurator her Joerig vurschreven Ind auch herzouge wilhems procuratore vurser offenc-liche in dem vurschreven gerichte An ge-spannener banck semenlich ind yeder be-sonder ergichteden ind eyndrechtlichen be-kanten dat vnser alrengedigster here der kayser die vurschreven herzouge wilhem ind herzouge heinrich guttlichen alle ind zomaile vmb der vurschreven saichen vere-eyniget ind lutterligen gescheiden wren Als sy danne des tzoenden warafftige sigele vnd brieue die sy sehen ind lesen ließen, die deselbigen vnser alrengedigster here der keyser Ind der vurschreven herzouge wilhem an mich An die vurschreven ge-richte ouernutz herzouge wilhems procura-tore vurschreven haint doin presentieren, In baeden daeselues die vurschreven procura-tore van bayder partyen semenlich ind yeder besonder darvp, den vurschreven

mynen gnedigen heren herzouge heinrich durch hern Joerig synen procurator vurschreven In synen yrsten vreede reicht ind vryheit zo setzen Ind sulche ladonge ind myne verbodunge, aeue, quyt ind machtloss zo syn, Also dat geyn man vorder darvp mit syme reichten darvp clagen off vort-varen en sulle Alsoe wart dair mit oirteill vnd mit reichte oeuere gewyst. Nach dem herzouge wilhems elige procuratore daromb beeden ind ouch herzouge heinrichs procura-tor vurschreven. Soe moichte ich dat doen, so verre herzouge heinrich in syns selues personen hyr vur dem vryenstole iegenwer-dich stonde nach gerichtz reichte ind Anders neit, Ind dat seulde gescheyn mit oirloff ind gueden willen des stoutheren mit namen des durluchtigen ind hogenborn fürsten heren Adoulffs herzougen zo Guilge zo dem Berghe ind Greue zo Rauensberge etc. myns gne-digen lieuen hern. Ind wann danne der vurschreven herzouge heinrich zo dieser zyd nicht an dem vurschreven vryenstole vmb drefflige große saichen kommen en konde Ind ouch besonder nach schryfften ind war-afftigen sigelen ind brieuen vnser gnedi-gsten hern des keyzers an mich sprechende nicht to düsser tyd an gerichte kommen en konde, So hebbe ich heinrich vrygreue vurschreven van sunderlinx beueile ind gehiesch des stoutheren myns gnedigen hern van Guilge ind van dem Berghe etc. vurschreven Ind van Anwysongen der vurschreven vier vrygreuen Ind mit oirloff ind vollen consent herzouge wilhems procuratore Ind mit vur-bedachten raide ind Consent allen düsser vur ind nae gescreuen vryen echten scheppen den vurschreven herzouge heinrich zwey Jair in syn yrste ere, reicht ind vryheit gesat ind in Crafft dis brieues setzen, Angaende vp dat heilige hogezyde paischen durande ind warende biss paischen oeuere zwey Jair neist zo kompt na datum dis brieues Ind die vurschreven ladonge ind myne ver-bodunge, die sullen auch so lange aeue ind machtloss syn. Ind off vemet den vurschre-ven mynen gnedigen hern darvp nu off hernaemails erren off kroeden, off vortvaren weulde, so en sall dat geyn bant, Crafft noch macht haegen in eynden wys, Dair en byn-nen der vurschreven myn gnediger here herzouge heinrich kommen mach vur mich an düssen vurschreven vryenstoill zo luden-schede. Asdann so sall ich oen in syn yrste ere vryheit ind reicht vurbass setten as gewonlich ind reicht is in maiffen wie vurschreven is, vort is geurwert off saichen were dat der vurschreven herzouge hainrich nicht en queme bynnen den vurschreven

zwen Jairen An den vurschreven vryenstoill dat ym große saichen benemen. dat queme tzo, so wie dat tzo queme. Soe gheuen ich heinrich vrygreue den vurschreven herzouge heinrich van wegenn myns Amptz dat ich van keyserlicher koninglicher macht ind van Crafft des vryenstouls vurschreven hain noch eyn Jair vryst dat is zusammen drü Jair Angaende zo paischen neist zo kompt na datum dis brieues Ind dair en bynnen sall herzouge heinrich vurbass in syn yrsten ere reicht ind vryheit syn gesat in Crafft dis brieues Ind die vurschreven ladonge ind myne verbodunge sullen alle ind zomaile aeue syn die vurschreven zydlanck in maiffen wie vurschreven is, Ind want alle vurschre-ven saichen ind yeder pont besonder dis brieues mit oirdell ind mit reichte richt-lichen durchgegangen verward ind behalden ist, in maiffen wie vurschreven is, dat ich van gerichtz wegen mit des selues gerichte vmb-stenderen vrynscheppenn ind stantgenoten des gerichtz besat hebbe mit namen herman ouelacker, Johan van dem nuwenhove der alde Ailff van der horst droste to me nuwen-berge, hermann van slebusch, Johan palme, Clais van ossendorp, Eggart van der heese, Oilrich van me nuwenberge, volbart der richter to wipperuorde, hassn hout vry-vrone to herschede, volquyn vryvrone to ludenschede Ind euere van hertvelde vry-vrone to hulschede Ind vort vil andere guder lüde vnd vrynscheppenn die darande ind oeuere stonden, Herombe so gebeiden ich heinrich vrygreue vurschreven vnder keyser-lichen ind konings banne Allen eichten reich-ten vrynscheppenn Ind allen den gheenen die deme heiligen Ryche in der heymeligen aichte vereydet vnd verbonden syn den-seluen mynen gnedigen hern herzouge hein-rich syn lyff, ere, ind vryheit in yr yrste ere und vreede widderomb as eynen hoich-gebornen fürsten ind hern, dairvur zo be-kennen ind zo halden, want ich yn dairyn vollendlich all ind zomaile in maiffen wie vurschreven is ingesat hain ind insetzen as reicht is In vrkonde der wairheit Soe hain ich heinrich van valbracht vrygreue vurschreven myn Ingesigell van gerichtz wegenn vnden an düssen brieff gehangen Datum Anno domini Millesimo Quadringentesimo Tricesimo quarto feria tertia proxima patris Beati Anthonij Confessoris.

— Gedruckt in: v. Freyberg, Sammlung historischer Schriften und Urkunden, 1. Band, Stuttgart und Tübingen 1827, Nr. XI (= S. 336 ff.) —

Nachdruck auch auszugsweise nur mit Genehmigung

Herausgeber: Lüdenscheider Geschichtsverein. Schriftleitung: Dr. Walter Hostert. Druck: Lüdenscheider Verlags-Gesellschaft